

Die Initiative „Marler Wege Wege zum Frieden“ bittet um Veröffentlichung der folgenden Erklärung:

„Wir, die Aktiven der Initiative „Marler Wege zum Frieden“, begrüßen die kürzlichen Äußerungen der politischen Vertreter Deutschlands erstmalig das große Leid der Menschen in Gaza anerkennen. Angesichts der humanitären Katastrophe und der ungefähr 53.000 getöteten Menschen, hauptsächlich Zivilisten, darunter viele Frauen und Kinder, war dies bereits länger überfällig.

Äußerungen wie die des israelischen Finanzministers Smotrich: „Gaza wird vollständig zerstört sein....die Bevölkerung von Gaza wird südlich des Morag-Korridors konzentriert sein....der Rest des Streifens wird leer sein...“ und anderen Regierungsmitgliedern ließen schon längere Zeit keinen Zweifel an den Zielen der israelischen Regierung.

Kanzler Merz beobachtet nun nach eigenen Angaben nunmehr selbst: „dass die Zivilbevölkerung derart in Mitleidenschaft zu nehmen...sich nicht mehr allein mit einem Kampf gegen den Terrorismus der Hamas zu begründen ist“.

Diesen Erkenntnissen sollten jedoch nun Konsequenzen folgen. Daher fordern wir von der Bundesregierung sowie von der EU, angelehnt an die Erklärung des Erhard-Eppler Kreises, folgendes:

- die Bundesregierung sollte sich für die Freilassung aller israelischen Geiseln einsetzen sowie sich aktiv gegen die Vertreibung der Menschen aus dem Gazastreifen und dessen totale Zerstörung aussprechen
- sich für Verhandlungen zwischen Israel und den Palästinensern einsetzen, bei denen die berechtigten (Sicherheits-) Interessen beider Seiten berücksichtigt werden
- alle Waffenlieferungen an Israel einstellen, die gegen die Palästinenser in Gaza und im Westjordanland eingesetzt werden könnten, solange es keinen dauerhaften Waffenstillstand gibt und keine Verhandlungen stattfinden
- von der israelischen Regierung den ungehinderten Zugang von Hilfslieferungen verlangen und für den Fall der Weigerung bestehende Formen der Zusammenarbeit gezielt zu unterbrechen
- die Resolution der UN-Generalversammlung vom Mai 2024, der Deutschland zugestimmt hat, durchsetzen, die das Recht des palästinensischen Volks auf Selbstbestimmung, einschließlich des Rechts auf einen Staat mit territorialer Integrität, unterstützt sowie
- gemeinsam mit Spanien, Irland, Norwegen und der Ankündigung Frankreichs folgend, Palästina als Staat anerkennen.

Marl im Mai 2025, Meike Mintel (Marler Wege zum Frieden)